

Sitzung vom 2. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr.

Anwesend sind die Mitglieder Becker, Staercke, Drake, Dr. Neumann-Hofer, Schmuck, Kolscher, Ziegenbein, Pieper, Flohr, Biesemeier, Unteroffizier Piepho.

Prof. Dr. Neumann-Hofer teilt mit, daß er in der Angelegenheit des Bergregals die gewünschte Prüfung vorgenommen habe. Es sei nichts zu erinnern gewesen, und er habe deshalb das Schreiben der Regierung ohne weiteres zurückgegeben.

Ebenso sei gegen den Vorschlag der Regierung wegen der weiteren Beschäftigung des Kastellans Ruhe nichts einzuwenden.

Das Mitglied Drake teilt mit, daß die Fabrikarbeiter August und Ernst Burre in Wüsten persönlich um Straferlaß nachgesucht hätten. Er habe sie an das Staatsministerium gewiesen, ihnen aber zugesagt, daß vom Volks- und Soldatenrat aus die Strafvollstreckungsbehörde ersucht werden solle, die verhängte Geldstrafe bis zum Abschluß der Verhandlungen nicht einzuziehen. Der B. u. S.-R. ist einverstanden.

Die Mitteilungen der Staatswerkstätten über den Kartuschierungsbetrieb auf der Jerger Heide werden zur Kenntnis genommen. Wie das Mitglied Dr. Neumann-Hofer feststellt, sind die Anordnungen des „Wumba“ vom 15. November, worauf sich die Staatswerkstätten beziehen, durch neuerdings ergangene Anordnungen überholt. Dem Demobilisierungskommissar soll von dieser Tatsache Mitteilung gemacht werden.

Der Magistrat der Stadt Horn berichtet auf die Anordnung des L. B. u. S.-R. über die Gestaltung der Land-Pachtpreise in Horn. Dem Beschlusse des B. u. S.-R. ist entsprochen; bestimmte Festsetzungen für die Preisgestaltung bei Verpachtungen liegen vor. Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen, die vorliegende Beschwerde aus Horn ist damit erledigt.

Zu einer Anfrage aus Lemgo wegen der Amnestie wird festgestellt, daß die Angelegenheit demnächst auch für Lippe ihre Erledigung finden werde, und zwar im Sinne der reichsgesetzlichen Vorschriften.

Auf die Frage der Kleiderbeschaffung beschließt der V. u. E.-R. zurzeit nicht weiter einzugehen, nachdem die L.W.G. durch das hier vorliegende Schreiben vom 29. November eingehend über die Lage der Verhältnisse berichtet hat. Die für die Versorgung der Industriearbeiter bestimmten Anzüge, die in Lippe gesammelt worden sind, sollen nach den allgemeinen Anordnungen der Reichsstellen vorwiegend zur Versorgung des Bundesstaates dienen, der sie aufgebracht hat.

Der Direktor der Heil- u. Pflegeanstalt Lindenhaus hat Bericht zu der ihm übersandten Beschwerde erstattet, wonach franke Soldaten in der Anstalt zu lange festgehalten worden sein sollen. Eine endgültige Entschliebung bleibt bis dahin vorbehalten, wo der Bericht der Regierung in der gleichen Angelegenheit vorliegen wird. Das Mitglied Schmud berichtet dabei über seine persönlichen Feststellungen, die er bei der von ihm im Auftrage des V. u. E.-R. vorgenommenen Revision hat machen können. Die Mitglieder Schmud und Staerke werden ersucht, demnächst nach Eingang des Berichts der Regierung entsprechende Beschlüsse des V. u. E.-R. vorzubereiten.

Dem Kammerjäger Heinrich Haack, zurzeit in Detmold, soll mitgeteilt werden, daß es der V. u. E.-R. nicht als zulässig ansehen würde, wenn ihm (Haack) die Ausübung des Kammerjänergewerbes durch die Verweigerung eines Giffscheines bloß deshalb erschwert oder unmöglich gemacht worden sein sollte, weil er bisher nicht selbständig gewesen sei.

Schuhmachermeister S. Uthe in Linderbruch wünscht, daß ihm Zuschnitte zu Militärstiefeln verkauft werden möchten. Ihm soll mitgeteilt werden, daß der V. u. E.-R. darüber nicht entscheiden kann; er möge sich an die Handwerkskammer oder an die Stelle wenden, die ihn mit der Ausführung der Heeresarbeit betraut habe.

Die Detmolder Ketswerke Fricke u. Stieve übermitteln eine Druckschrift wegen der Durchführung der achtfündigen Arbeitszeit. Sie geht an den Demobilisierungskommissar.

In gleicher Weise wird mit dem Stellengesuch des Landsturmmannes Wirsing zu Detmold verfahren.

Ein Gesuch von Fritz Neumann zu Salzuflen um Engagement beim Theater wird Herrn v. Eppstein überwiesen.

Eine Beschwerde der Stadt Lemgo wegen der Bewachung des Lebensmittelagars der L.W.G. in Lemgo soll dahin beantwortet werden, daß die L.W.G. zur Tragung der Kosten verpflichtet sei, die durch die Bewachung ihres Lagers entstehen. Die L.W.G. ist entsprechend zu benachrichtigen.

Ein Schreiben der Fideikommißverwaltung über die Gräfllich Augustische Rente wird dem Domaniaalausschuß überwiesen.

Mitteilungen des Medizinalrats Dr. Volkhausen über die Schulgesundheitspflege und das Hebammenwesen in Lippe werden zur Kenntnis genommen. In die Kommission für diese Angelegenheiten werden gewählt die Mitglieder Kolscher, Biesemeier, Ziegenbein, Staercke und Drafé.

Zu einer Mitteilung der Regierung über Verhandlungen wegen eines Kinoverbots in Lage wird beschlossen, den V. u. S.-R. zu Bielefeld zu verständigen, daß er nicht das Recht hat, in die Befugnisse des L. V. u. S.-R. einzugreifen.

Ein Schreiben von Fritz Mengedoth in Blomberg wegen Ueberlassung einer Dampfmaschine wird dem Demobilmachungskommissar überwiesen, ebenso ein vom Volksrat der Stadt Blomberg unterstütztes Gesuch der Blomberger Holzindustrie wegen Wagengestellung.

Ein Schreiben des Sergeanten Frank in Nieder-Hohrstadt geht an den Soldatenrat.

Gustav Diek in Horn ersucht im Namen der Arbeiter der Baustelle Horn-Bad Meinberg den L. V. u. S.-R., dahin zu wirken, daß sie Arbeit und Verdienst bekommen. Das Schreiben erhält der Demobilmachungskommissar.

Einem Ersuchen der Deutschen Bücherei in Leipzig um Ueberlassung von Urkunden und Drucksachen, die sich auf die gegenwärtige politische Bewegung beziehen, soll entsprochen werden.

Mitteilungen des Demobilmachungskommissars über

1. die eigene Organisation,
2. die Stillsetzung der Staatswerkstätten und die Holzfrage,
3. die Erwerbslosenunterstützung

werden zur Kenntnis genommen.

Ein von der Rentkammer übermitteltes Verzeichnis der zum Domanium gehörenden Großpachten nebst Anlage (Verpachtungsbedingungen) wird dem Domanialausschuß überwiesen.

Prinz Bernhard zur Lippe legt Verwahrung ein gegen die Auffassung, daß das als „Privatbesitz des fürstlichen Hauses anerkannte Domanium“ mit der Abdankung des Fürsten an das Land falle. Der Protest ist datiert Woynowo den 26. November 1918. Er wird zur Kenntnis genommen.

Ein Schreiben des Vorschullehrers Franzmeier in Detmold wegen Gewährung des Kriegsteuerungszuschusses für Offiziere soll der Regierung mit dem Ersuchen, darüber zu berichten, zugewiesen werden.

Das Mitglied Prof. Dr. Neumann-Hofer berichtet über die mit Frau Käte wegen des Wildscharrns geführten Verhandlungen.

Frau Käte erklärt sich unter der Bedingung, daß der bis 1. Oktober 1919 laufende Wildscharrvertrag im übrigen unverändert bestehen bleibt, damit einverstanden, daß solche Bezirke, deren Jagd etwa verpachtet werden sollten, mit dem Tage des Beginns aus dem Vertrag auscheiden. Die von Frau Käte unterschriebene Erklärung wird überreicht.

Prof. Dr. Neumann-Hofer überreicht ferner eine Aufstellung über die Kosten der beim Theaterbau noch erforderlichen Arbeiten. Wegen der baldigen Beschaffung des eisernen Vorhangs soll noch einmal an die Linienkommandantur in Berlin telegraphiert werden.

Ein namentliches Verzeichnis der von der Regierung beschäftigten Hilfsarbeiter und Aushilfspersonen wird einer Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Schmuß und Staercke, zur Prüfung überwiesen.

Prof. Dr. Neumann-Hofer verliest das von ihm verfaßte Schreiben an die Reichsregierung in der Angelegenheit des Blomberger Paragiums. In dem Schreiben wird das Vorgehen des Lippischen Volks- und Soldatenrats in Beziehung auf die Beschlagnahme des Blomberger Paragiums eingehend begründet. Der Volks- und Soldatenrat erklärt sein Einverständnis.

Ein Schreiben des Herrn v. Loos bezieht sich auf eine Zeitungsnotiz, die die Abdankung des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt betrifft und im einzelnen Mitteilungen über die Regelung der Vermögensverhältnisse (Hausfideikommiß) enthält. Die Mitteilungen sollen für spätere Verhandlungen zurückgelegt werden.

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beschließt der Lippische Volks- und Soldatenrat, die Eisenbahndirektion zu ersuchen, alsbald einen hin- und zurückfahrenden Mittagszug auf der Strecke Herford-Altenbeken wieder einzulegen.

Prof. Dr. Neumann-Hofer macht Mitteilung über Forschungen, die Archivrat Dr. Kiewning über die Zugehörigkeit der Bezirke Enger und Rheda zum lippischen Lande gemacht hat. Es empfehle sich z. Z. nicht, darauf einzugehen, wohl aber werde es sich empfehlen, schon jetzt eine Stellungnahme vorzubereiten, die den Zweck habe, bestimmte außerlippische Gebietsteile an das lippische Land anzugliedern, um so ein lebensfähiges Gebilde zu schaffen. In der Aussprache wird zum Ausdruck gebracht, daß unverbindliche Besprechungen in dieser Richtung schon erfolgen könnten.

Vorsitzender Beder weist darauf hin, daß man in weiten Kreisen des Landes darüber verwundert sei, daß der Fürst noch immer im Schlosse wohne; es werde doch zweckmäßig sein, den Fürsten davon in Kenntnis zu setzen, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein könne. Er beantrage, ihm eine Frist für die

Räumung des Schlosses zu setzen, und zwar bis zum 1. Januar. Der Volks- und Soldatenrat einigt sich nach kurzer Aussprache auf den Beschluß:

Prof. Dr. Neumann-Hofer wird beauftragt, dem Fürsten nahe zu legen, die Wohnung im Schlosse so bald wie möglich zu räumen. Es wird erwartet, daß dieser Anregung bis zum 1. Januar entsprochen werden kann.

Der Demobilmachungskommissar ersucht um die Genehmigung vorbereitender Arbeiten zur Sennekultivierung. Der Volks- und Soldatenrat ist damit einverstanden, daß diese Arbeiten vorbereitet werden; vor der endgültigen Entscheidung wünscht er jedoch noch den mündlichen Vortrag der beteiligten leitenden Persönlichkeiten zu hören. Es wird beschlossen, die Angelegenheit als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und zu dieser Sitzung außer dem Baurat Kellner noch Oberlandforstmeister Baldenecker und Gutsbesitzer Windmeier in Nienhagen zu laden.

Die von der Rinkammer eingereichte Handzeichnung des sogenannten Lustgartens wird dem Domaniaalauschuß überwiesen.

Ebenso ein Schreiben des Demobilmachungskommissars über den Bau eines Frauenheims als Notstandsarbeit.

Zur Kenntnis werden genommen fernere Mitteilungen des Demobilmachungskommissars über:

1. das Baugewerbe,
2. den Ausbau der Ueberlandzentrale,
3. das Holzgewerbe,
4. den Achtstunden-Tag und die Tariftlöhne in der Metallbranche.

Zu den Schreiben des Demobilmachungskommissars, die die Wohnhauskolonie der Staatswerkstätten in der Wittekindstraße betreffen, wird nach längerer Verhandlung beschlossen, eine Besichtigung an Ort und Stelle vorzunehmen. Sie ist auf Dienstag nachmittag 3 Uhr angesetzt. Die Teilnehmer versammeln sich am Neubau der Staatswerkstätten. Es sollen geladen werden der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Detmold, der Arbeiterauschuß der Staatswerkstätten. Im Anschluß an die Besichtigung findet in einem Versammlungsraume der Staatswerkstätten eine Besprechung statt.

Unteroffizier Piepho berichtet, daß beim Soldatenrat ein Schreiben des Generalkommandos eingegangen sei, wonach auf der Station Detmold ganze Wagenladungen Lebensmittel für einzelne Zivilpersonen zur freihändigen Abgabe an die Zivilbevölkerung angekommen seien. Der Soldatenrat ist mit der Untersuchung der Angelegenheit beschäftigt.

Unteroffizier Piepho stellt ferner fest, daß in der vorletzten Nacht von dem

Posten am Bahnhofe ein Schuß abgegeben worden sei. Der Schuß habe einer entkommenen Person gegolten, die versucht habe, in das Lagerhaus einzubrechen.

Schließlich teilt Unteroff. Piepho mit, daß bei dem **Baron von Simpson** in Friedrichshöhe bei Detmold unter anderem beschlagnahmt worden seien: 5 Schinken, 7 Seiten Speck, 7 große Töpfe Schmalz, 14 Töpfe Schweineschmalz, 50 Töpfe eingekochtes Hammelfleisch, 1 Zentner Weizenmehl, 20 Mettwürste usw. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß solche Leute verdienten, rücksichtslos an den Pranger gestellt zu werden.

Das Mitglied **Biesemeier** macht darauf aufmerksam, daß heimkehrende Soldaten von Leuten, die angeblich im Auftrage des Soldatenrats handelten, durchsucht worden seien. Es wird festgestellt, daß kein Mitglied des Soldatenrats einen solchen Auftrag erhalten hat. In den Zeitungen soll darauf hingewiesen werden.

Das Mitglied **Schmud** bringt eine Beschwerde vor, wonach von der hiesigen Polizeibehörde für die Ausstellung der Reiseausweise 50 Pfg. Gebühr erhoben werden. Es wird allgemein bedauert, daß eine derartige Gebührenerhebung aufgrund gesetzlicher Bestimmungen erfolgen muß.

Das Mitglied **Brake** berichtet über die Verhandlungen der Brennholzkommision. In den Städten sei die Versorgung zu festen Preisen geregelt; ausreichende Einschlüge könnten fast überall vorgenommen werden. Die Berichte aus den ländlichen Bezirken seien noch nicht alle eingegangen. Es werde sich empfehlen, die Forstverwaltung als die Stelle zu bestimmen, die Ausgleichungen vorzunehmen habe. Der Oberlandforstmeister sei dazu bereit. Auf die privaten Waldbesitzer werde in der Weise eingewirkt werden müssen, daß sie zu Erklärungen aufgefordert würden, ob sie sich dem Vorgehen des Staats und der Gemeindeverwaltungen angeschlossen. Der Oberlandforstmeister habe es übernommen, von den in betracht kommenden Besitzern in den nächsten Tagen entsprechende Erklärungen zu erbitten. Vorsitzender **Becker** macht darauf aufmerksam, daß Brake und Luerdissen aus dem Lemgoer Forst nicht berücksichtigt werden könnten. Das Mitglied **Schmud** bemerkt, daß nach Ansicht der Bewohner von Brake das Wäldchen auf dem Stuke abgeholzt werden könnte.

Die Kommission wird beauftragt, mit dem Oberlandforstmeister über die Angelegenheit weiter zu verhandeln und demnächst Bericht zu erstatten.

Das Mitglied **Pieper** bringt eine Beschwerde über die Pferdefleischpreise vor, wozu Vorsitzender **Becker** feststellt, daß an der zuständigen Stelle bereits beschlossen worden sei, den Preis herabzusetzen.

Schluß der Sitzung.

Nächste Sitzung am 3. Dezember, vormittags 9 Uhr.

Brake.